

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Kriegszustand und Zensur ausgerufen

In einem offiziellen Kommuniqué wurde von Präsidentin Chandrika Kumaratunga am 3. Mai für Sri Lanka ein "war footing", also ein Kriegszustand ausgerufen. Die Ankündigung ging einher mit zahlreichen neuen Notstandsregelungen, die einerseits den Medien (auch ausländischen Journalisten) starke Beschränkungen hinsichtlich ihrer Berichterstattung auferlegen, andererseits nochmals mit erweiterten Machtbefugnissen für die Sicherheitskräfte verbunden waren. Mit den neuen Regelungen kann jede beliebige Person von der Präsidentin oder ihren Vertretern bevollmächtigt werden, Personen festzunehmen.

Vor allen Dingen die neuen zusätzlichen Einschränkungen bei der Pressefreiheit waren Anlaß zu Sorge und Protesten. Das 'Free Media Movement', die srilankische 'Editors Guild' und die internationalen 'Reporters Sans Frontiers' wandten sich schon innerhalb der ersten Tage nach Inkrafttreten vehement gegen die Maßnahmen. Von der Zensur war auch die BBC betroffen, die ihre lokalen Programme in sinhalesischer und tamilischer Sprache einstellen mußte. Viele Beobachter sehen in den neuen Beschränkungen ein Mittel, mit dem sich die regierende 'Peoples Alliance' gerade jetzt ungeliebte Kritiker vom Halse halten will.

Ein Verfahren vor dem 'Supreme Court', das die bekannte Menschenrechtlerin und Leiterin des Nachrichtensbüros 'INFORM', Sunila Abeysekera, gegen die Zensurmaßnahmen angestrengt hatte, wurde abgewiesen. Die Richter erklärten, daß die Zensurmaßnahmen nicht im Widerspruch zur Verfassung stünden.

Gleichzeitig mit der Zensur gab es auch erneute Übergriffe auf Journalisten. Nihal Pushpakumara, Korrespondent für 'Divayina', wurde vor seinem Haus von unbekannt Personen attackiert, während Leon Berenger, ein Journalist der 'Sunday Times', von Polizisten beschimpft, mißhandelt und in der Polizeistation von Dehiwala festgehalten wurde. Ein Reporter des Fernsehkanals TNL mußte sich wegen einer Reportage zu Bombenexplosionen im Osten der Insel vom 'Criminal Investigation Department' verhören lassen.

Am 19. Mai wurde erstmals das Er-

scheinen einer Zeitung komplett verboten. Opfer war die tamilische Tageszeitung 'Uthaya', die einzige Zeitung, die gegenwärtig noch in Jaffna erscheint. Drei Tage später folgte das Verbot für den 'Sunday Leader', dessen Druckhaus von den Behörden versiegelt wurde. Insider vermuten, daß der 'Sunday Leader' nicht nur wegen seiner Berichterstattung über den Norden, sondern auch seiner Nähe zur oppositionellen UNP in Ungnade gefallen sei.

Nach dem zunächst von einem sechsmonatigen Erscheinungsverbot der Zeitungen die Rede war, wurde diese Frist Ende Juni auf zwei Monate verkürzt. Die Herausgeber beider Zeitungen haben unabhängig davon gegen die Entscheidung Einspruch eingelegt.

Zur Zeit gibt es keine Anzeichen dafür, wann die eingeführten Beschränkungen wieder aufgehoben werden. Am 3. Mai wurde zumindest das Verbot von öffentlichen Versammlungen und Protestkundgebungen wieder gelockert.

Anschlag in Wattala

Am Morgen des 14. Juni kam es in Wattala an der Hauptstraße zwischen Colombo und Negombo zu einem Sprengstoffanschlag auf einen mit 40 bis 50 Angehörigen der srilankischen Luftwaffe beladenen LKW. Offizielle Stellen meldeten zunächst, daß der mutmaßliche Attentäter in einem Selbstmordkommando versucht hatte, sich vor den im morgendlichen Berufsverkehr steckenden Bus zu werfen, dabei jedoch von einem Motorradfahrer erfaßt und zu Boden geschleudert wurde. Die nachfolgende Explosion tötete neben dem Angreifer und dem Motorradfahrer eine weitere Person, insgesamt acht Menschen, darunter zwei Businsassen, wurden verletzt.

Die ursprüngliche Annahme eines Selbstmordanschlags wurde jedoch nur einen Tag später revidiert, da die forensischen Untersuchungen ergaben, daß der für den Attentäter gehaltene Mann Sinhalese war. Man geht seither davon aus, daß der Sprengsatz entweder vom Straßenrand geworfen oder bereits auf der Straße gelegen haben muß, kurz bevor der Bus den Anschlagort passierte.

Die Polizei nahm aus der Gruppe der Verletzten drei Tamilen fest.

Folterungen von Tamilen

Ein soeben in London erschienener Be-

richt der 'Medical Foundation for the Care of Victims of Torture' legt Beweise für systematische Folterungen von Tamilen durch die srilankische Polizei und Armee vor. Das Dokument bezieht sich auf die medizinischen Untersuchungsergebnisse von 49 Tamilen, die erst kürzlich aus Sri Lanka nach Großbritannien geflüchtet waren, um dort Asyl zu beantragen. Mehr als die Hälfte von ihnen wurde in Haft an den Füßen aufgehängt oder gezwungen, giftige Dämpfe einzuatmen. Ein Teil von ihnen wurde außerdem sexuell mißbraucht und wiederholt vergewaltigt.

Die Organisation weist im Zusammenhang mit diesen Ergebnissen auch auf eine verfehlte Asylpolitik, in diesem Fall in Großbritannien, hin. Den Behörden in London wirft sie Ignoranz gegenüber derartigen medizinischen Ergebnissen vor. In sieben der genannten 49 Fälle seien die Asylanträge seitens der britischen Behörden bereits abgelehnt worden.

Bis 1994 waren 93 Prozent der Asylanträge von Tamilen positiv beschieden worden, danach wurden 95 Prozent der Gesuche abgelehnt.

Tamilen flüchten nach Indien

Nach der militärischen Eskalation im Norden entscheiden sich zahlreiche Tamilen zu einer Flucht über die Palk-Straße nach Indien. Bereits am 27. Mai traf eine Gruppe von 19 Tamilen aus Jaffna in Südinien ein, weitere 15 Flüchtlinge erreichten die Küste von Tamil Nadu in der Nähe von Rameswaram am 2. Juni.

Die indischen Behörden haben inzwischen zusätzlichen Platz in einem Flüchtlingslager bei Mandapam geschaffen. Die indische Regierung zahlt den Flüchtlingen wöchentlich ca. 75 indische Rupien, zu wenig, um davon Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Dinge zu kaufen. Die meisten der Bewohner verdingen sich daher als Hilfsarbeiter, oft zu einem Bruchteil der Löhne ihrer indischen Kollegen.

Gegenwärtig leben ca. 70.000 srilankische Tamilen in rund 130 indischen Flüchtlingslagern. Mindestens weitere 80.000 Menschen aus Sri Lanka sind bei Verwandten oder Freunden in Südinien untergekommen oder leben allein außerhalb der Lager.

Mit dem jüngsten Zustrom von Menschen aus Jaffna gibt es auch die ersten Fälle, in denen die indischen Behörden

eine Aufnahme verweigern. Eine Gruppe von 50 Flüchtlingen, die Mitte Juni in Indien eintraf, wurde mit Ausnahme von fünf Flüchtlingen der srilankischen Marine übergeben. Die Tamilen waren mit Fischerbooten nach Indien gelangt.

LTTE in Friedensplan eingebunden?

Der nun schon seit fünf Jahren diskutierte Plan zur Machtteilung zwischen der Regierung in Colombo und den Regionen im Norden und Osten Sri Lankas, das sogenannte 'Devolution Package', ist weiterhin weit von einer Verabschiedung im Parlament entfernt. Der Vorschlag, der dem Osten und Norden mehr Autonomie einräumen soll, war in den vergangenen Wochen jedoch zumindest Gegenstand von Gesprächen zwischen der Regierung und der größten Oppositionspartei, der 'United National Party' (UNP). Nach Meldungen der srilankischen Zeitung 'Sunday Observer' habe man sich über 60 Prozent des Inhalts inzwischen geeinigt.

Die Regierung schlägt derzeit die Bildung eines 'Interim Council', eines vorübergehenden Verwaltungsrats, vor, der bis zu einem Referendum im Amt bleiben soll. Ein Zeitplan hierfür liegt bisher nicht vor. Präsidentin Kumaratunga hat jedoch kategorisch jegliche Teilnahme der LTTE in diesem Übergangsgremium abgelehnt. Nur, wenn die LTTE sich demokratischen Mechanismen anschließen, werde sie eine Rolle im Friedensprozeß erhalten, betonte das Staatsoberhaupt.

Offensichtlich ist aber gerade dieser Punkt sehr strittig. Nach Aussagen eines Kabinettsmitglieds habe sich — im Gegensatz zu den Äußerungen Kumaratungas — die Regierung mit der UNP inzwischen sogar darauf geeinigt, daß der Plan den 'Tamil Tigers' vorgelegt werden soll, bevor er zur Debatte ins srilankische Parlament gelangt.

Experten sehen in der Tat kaum eine Chance für einen Friedensschluß, wenn die LTTE als Hauptmachtfaktor ignoriert wird.

Internationale Arbeitsgruppe appelliert

Angeichts der negativen internationalen Schlagzeilen meldete sich am 6. Mai auch die sogenannte 'International Working Group on Sri Lanka' (IWG), ein Zusammenschluß verschiedener europäischer humanitärer Organisationen, mit einer Stellungnahme zu Wort. Die Gruppe zeigt sich hinsichtlich der jüngsten Ereignisse äußerst besorgt, unterbreitet aber zugleich auch konkrete Vorschläge zur Lösung der Krise. Sie empfiehlt einen Besuch des Menschenrechtskommissars der Vereinten Natio-

nen, effektive Maßnahmen, um den Ausbruch von Gewalttätigkeiten zwischen den Volksgruppen zu verhindern sowie einen neuen Ansatz für Verhandlungen mit beiden Seiten. Die IWG drängt auf eine umgehende Aufhebung der Zensurmaßnahmen als Voraussetzung einer friedlichen Verhandlungslösung und appelliert zugleich an die Europäische Union, einen Friedensprozeß politisch und finanziell zu unterstützen.

Indische Kredite umstritten

Im Zusammenhang mit den srilankisch-indischen Konsultationen wurde Mitte Juni bekannt, daß die indische Regierung Sri Lanka einen Kredit von umgerechnet 210 Millionen DM anbietet. Wie der indische Außenminister, Jaswanth Singh, erklärte, soll das Geld genutzt werden, um "jedemöglichen finanziellen Engpaß Sri Lankas" zu beheben. Premieminister Vajpayee betonte zusätzlich, daß das Geld nur für humanitäre Aufgaben verwendet werden solle.

Die Reaktionen auf diese Offerte sind jedoch in Indien äußerst geteilt. Zwei tamilische Gruppierungen in der indischen Koalitionsregierung, die MDMK und die PMK, stellten die Richtigkeit der Entscheidung offen in Frage, während der Vorsitzende des 'Tamil Maanila Congress', G.K. Moopanar, den Kredit als eine Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt befürwortete.

In Tamil Nadu wurde zeitgleich mit der Bekanntgabe des Kreditangebots ein Verbot aller Demonstrationen gegen die Geldgabe verhängt. Die Sicherheitskräfte kündigten ein hartes Durchgreifen gegen Demonstranten an.

Den Gürtel enger schnallen?

Angeichts der jüngsten militärischen Entwicklungen teilte die Regierung in Colombo Anfang Juni mit, daß die Militärausgaben im Staatshaushalt in Zukunft einen noch höheren Rahmen einnehmen sollen. Nach internen Informationen soll der gegenwärtige Verteidigungshaushalt um weitere 365 Millionen DM auf umgerechnet 1,8 Milliarden DM aufgestockt werden.

Diese Nachricht ging einher mit der Information, daß zahlreiche Verbrauchsgüter und auch Versorgungsdienste in naher Zukunft weiter mit Zusatzsteuern versehen werden. Nach Steuererhöhungen, wie beispielsweise bei Tabakwaren und Alkoholika, stehen nun die Verteuerung von Gas, Wasser und Telefongebühren auf dem Programm. Nach offiziellen Angaben werden die Preissteigerungen hier bei 20 bis 30 Prozent liegen.

Präsidentin Kumaratunga hatte zuletzt alle Arbeitnehmer dazu aufgerufen, zwei Tageslöhne monatlich für Verteidi-

gungszwecke zu spenden.

In der zweiten Junihälfte kündigte die srilankische Regierung schließlich einen freieren Währungskurs der Rupie gegenüber dem US-Dollar an. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Exporttätigkeit des Landes zu erhöhen. In einer Stellungnahme der Zentralbank heißt es, daß "der Währungskurs stärker als bisher vom freien Markt gesteuert werden soll". Der Gouverneur der Zentralbank, A.S. Jayawardene, sprach von einer unmittelbaren Abwertung von ca. vier Prozent.

Schaut Indien nur zu?

In den vergangenen Wochen hat sich wiederholt die Frage gestellt, welche Rolle Indien bei einer weiteren Eskalation der Lage in Sri Lanka spielen würde. Erinnerungen an die Zeit von 1987 bis 1990 werden wach, als der mächtige Nachbarstaat im Nordwesten Sri Lankas sich schon einmal bereit erklärt hatte, im schwelenden Volksgruppenkonflikt Sri Lankas zu vermitteln und auch direkt zu intervenieren. Weit über 100.000 Soldaten schickte Delhi damals als 'Indian Peace Keeping Force' (IPKF) in die Nordost-Gebiete von Sri Lanka. Der Einsatz in den Konfliktregionen des Inselstaats begann zunächst erfolgversprechend, entwickelte sich dann jedoch zu einem großen Debakel für Indien. Die indische Armee verlor in Auseinandersetzungen mit der LTTE rund 1.200 Mann. In einem seltsamen Schulter-schluß zwischen den 'Tamil Tigers' und der damaligen srilankischen Regierung unter Präsident Premadasa zogen sich die indischen Soldaten schließlich wieder aus Sri Lanka zurück.

Zehn Jahre später gerät Indien nun plötzlich wieder in eine Situation, in der ihr Agieren von nationalen Interessen und der politischen Stabilität der Region durch die Ereignisse in Sri Lanka beeinflusst werden könnte.

Die Ereignisse während der letzten Wochen im Norden Sri Lankas führten unmittelbar zu umfangreichen diplomatischen Kontakten und Gesprächen zwischen Sri Lanka und Indien. Der srilankische Außenminister, Lakshman Kadirgamar hielt sich mehr zufällig Anfang Mai zur medizinischen Behandlung in Indien auf, als die jüngste militärische Krise in Sri Lanka ausbrach.

Bereits am 3. Mai gab es eine Dringlichkeitssitzung zwischen ihm, dem indischen Premier Vajpayee und dem Minister für externe Angelegenheiten. Bei dieser Zusammenkunft wiederholte die indische Regierung ihre lange Zeit gefestigte Position, daß sie bereit sei, zu einer Konfliktlösung in Sri Lanka beizutragen, aber - zumindest momentan - sich nur auf humanitäre Hilfe für die be-

troffene Zivilbevölkerung beschränken werde. Eine direkte militärische Intervention käme nicht in Frage, und auch die Möglichkeit der Lieferung von militärischem Gerät sei ausgeschlossen. Hinsichtlich der Ablehnung von Waffenlieferungen halten Beobachter die vor allen Dingen in Tamil Nadu starke pro-LTTE Lobby für verantwortlich.

Nur vier Tage später reiste der Chef der indischen Luftwaffe, Marschall Tipnis zu einem sechstägigen Besuch nach Colombo. Er traf sich dort mit verschiedenen politischen Führern und hohen Militärs der srilankischen Armee. Zeitgleich rief in Neu Delhi der indische Premier am 8. Mai ein Parteitreffen ein, bei dem die Situation in Sri Lanka Hauptthema war. Zur Überraschung vieler Teilnehmer sprach sich der Ministerpräsident von Tamil Nadu, Karunanidhi, der in der Vergangenheit oft den Argumenten der LTTE gegenüber positiv eingestellt war, jetzt offen für eine Nichteinmischung in den srilankischen Konflikt aus - eine Haltung die in Tamil Nadu selbst zu deutlichen Spannungen zwischen pro- und anti-LTTE Gruppen führte.

In der dritten Maiwoche kam es dann zu hektischen Kontakten im Dreieck zwischen Colombo, Chennai und Bangalore. Der Kommandeur der srilankischen Streitkräfte, Rohan Daluwatta, reiste am 17. Mai nach Indien, der stellvertretende Außenminister Sri Lankas, Lakshman Kiriella, folgte am 20. Mai. Im Gegenzug traf der ehemalige Polizei-

chef der Bundesstaates Punjab, K.P.S. Gill, in Colombo ein. Seine Mission war offensichtlich, die örtlichen Polizeieinheiten und die Armee beim Umgang mit terroristischen Aktivitäten zu beraten, obwohl er offiziell nur einen "privaten Besuch" machte.

Aufsehen erregten dann am 21. Mai die ersten Meldungen über großangelegte Truppenbewegungen im Süden Indiens, besonders in der Umgebung von Trivandrum. Auch hier dementierten die offiziellen Stellen Indiens erneut etwaige militärische Aktionen, um Sri Lanka zu Hilfe zu eilen. Allerdings, so Stellungnahmen der Regierung, sei man bereit, Menschen aus Jaffna zu evakuieren, eventuell auch die zu dieser Zeit bereits eingekesselten Soldaten, aber bisher gebe es aus Colombo keinerlei Anfragen in diese Richtung.

In diese Zeit fallen auch Bemühungen der Regierung in Colombo, internationale Unterstützung und Hilfe in der gegenwärtigen prekären Situation zu finden. Zu den Staaten, die Sri Lanka ganz offiziell kontaktiert gehört auch Pakistan. Für Indien sicherlich eine mehr als unangenehme Vorstellung, wenn pakistanische Kräfte an Indien vorbei in Sri Lanka intervenieren würden.

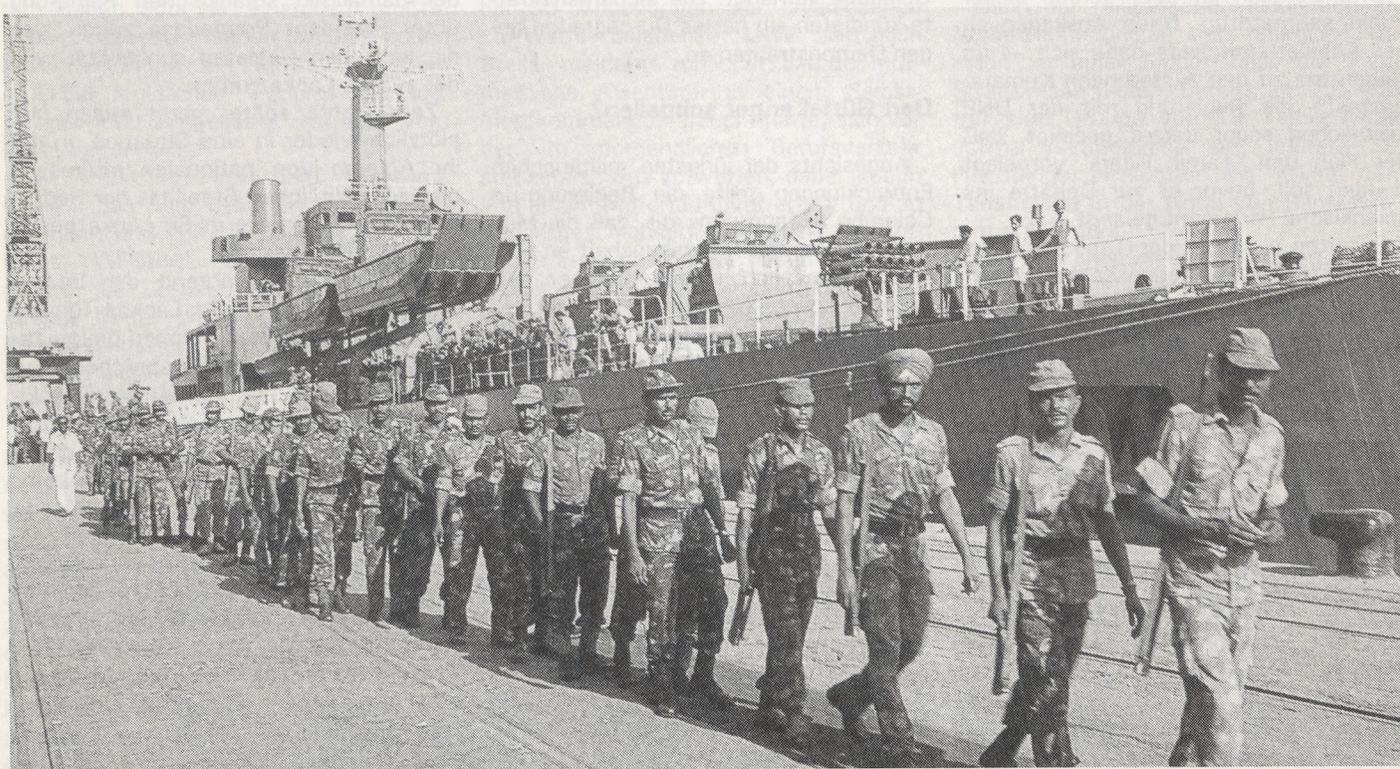
Mit Beginn des Monats Juni und parallel zu den sich abkühlenden Gefechten im Norden, kommen auch die diplomatischen Aktivitäten wieder zur Ruhe.

Nur ein Mann versteht es, sich in diesen Tagen spektakulär in Szene zu setzen. Karunanidhi, der bereits zuvor er-

wähnte oberste Politiker Tamil Nadus, schlägt öffentlich vor, Sri Lanka solle dem Beispiel der ehemaligen Tschechoslowakei folgen, die sich ja auch friedlich in Tschechien und Slowakei gespalten habe. Er unterstellt der srilankischen Regierung auch, daß ein politischer Plan nach wie vor fehlt — eine Behauptung, die zugegebenermaßen aufgrund der bisherigen Militärstrategie unter Kumaratungas Regierungsführung nicht ganz unwahr ist. Diese Äußerungen sorgen in Sri Lanka für massive und entrüstete Reaktionen. Medienminister Managala Samaraweera bezeichnet Karunanidhis Vorschlag einer Teilung Sri Lankas als die "Balkanisierung Indiens", die ohnehin im Aufwind befindlichen sinhalaisch-nationalistischen Scharfmacher sind außer sich.

Offizielle Regierungsstellen in Delhi wiegeln hinsichtlich der Äußerungen des Politikers aus Indiens Süden ab. Indiens Position zu Sri Lanka sei unverändert, heißt es. Der indische Verteidigungsminister George Fernandes fügt außerdem hinzu, daß natürlich "Einzelpersonen oder Koalitionspartner das Recht haben, eine andere Meinung als die der Regierung zu vertreten". Natürlich möchte Delhi das Thema wieder so schnell wie möglich aus der öffentlichen Diskussion bringen, denn eine offenere Haltung zur Teilung Sri Lankas könnte auch separatistischen Strömungen in indischen Bundesstaaten neuen Auftrieb geben.

Als vorläufig letzter größerer Akt im



Indische Truppen verlassen 1990 nach mißglückter Mission Sri Lanka (Foto: K. Gajendran)

diplomatischen Geplänkel traf der indische Außenminister, Jaswant Singh, am 11. Juni zu einem offiziellen Besuch ein.

Die srilankischen Massenmedien teilen die Skepsis von Experten, die die bisherigen Hilfsangebote für nur wenig geeignet halten, den Konflikt zu lösen. Die für einseitige und subjektive Kommentare bekannte 'The Island' schreibt offen: "Von Indien können wir in dieser Stunde der Not kaum etwas erwarten. Laßt uns pragmatisch sein und woanders nach sofortiger Unterstützung suchen". Für den Kommentator ist es klar, daß "die BJP-Regierung fest durch pro-LTTE Kräfte kontrolliert wird".

Nachdem sich die akute Krisensituation in Sri Lankas Konflikt zunächst wieder etwas beruhigt hat, bleibt damit weiterhin offen, welche Rolle Indien im Notfall spielen wird. Aber es bedarf sicherlich nur eines kleinen Zündfunken durch die LTTE, bis Delhi erneut unter Druck steht, Farbe zu bekennen.

Zivilbevölkerung erneut in Gefahr

Nationale und internationale humanitäre Organisationen machen sich angesichts der jüngsten Entwicklungen im Norden große Sorgen um das Schicksal der unbeteiligten Zivilbevölkerung.

Seit dem 9. Mai besteht in den Orten Jaffna und Chavakachcheri eine praktisch ununterbrochene Ausgangssperre, die nur an zwei Tagen in der Woche für jeweils drei Stunden aufgehoben wird. Am 18. Mai wurde diese Maßnahme auf die gesamte Jaffna-Halbinsel ausgedehnt.

Das Krankenhaus von Jaffna war im Mai zunächst eine Woche lang völlig geschlossen, jetzt arbeitet es wieder, allerdings nur auf einem rudimentären Level. Internationales Rotes Kreuz (ICRC) und 'Medicines sans frontieres' (MSF) sehen allerdings große Gefahren für das Krankenhaus durch ein unmittelbar benachbartes Armeelager. Seit April versucht MSF vergeblich, dringend benötigte Medikamente nach Jaffna zu bringen. Die notwendige Genehmigung wird jedoch verweigert, obwohl zahlreiche Berichte über den Mangel an Medikamenten vorliegen. Die Weltgesundheitsorganisation wies noch am 12. Mai auf die sich verschlechternden Gesundheitsbedingungen hin, Apotheken seien geschlossen, Injektionsnadeln und -ampullen müßten wiederverwendet werden, selbst einfache Schmerzmittel seien nicht mehr verfügbar.

Ebenfalls seit Anfang Mai sind sämtliche Telefonverbindungen nach Jaffna unterbrochen. Viele Familienangehörige im Süden des Landes sind deshalb über das Schicksal ihrer Verwandten in Jaffna im Unklaren. Auch alle Verkehrsverbindungen nach Jaffna sind unter-

brochen. Eine große Zahl von Reisenden strandete in Trincomalee, da weder die Marine noch die LTTE den Schiffsverkehr zwischen der östlichen Hafenstadt und Jaffna zulassen.

Erste zivile Todesopfer während der Offensive der LTTE in der Jaffna-Halbinsel gab es, nachdem Granaten in ein Altersheim bei Kaithady einschlugen. Die Herkunft der Granaten ist ungeklärt, LTTE und srilankische Armee weisen sich gegenseitig die Schuld an diesem Zwischenfall zu, für die Regierung ist es zudem ein willkommener Anlaß, auf die Skrupellosigkeit der LTTE selbst gegenüber Tamilen hinzuweisen.

Mittlerweile haben sich internationale Hilfsorganisationen weitgehend aus Jaffna zurückgezogen. Am 23. Mai waren nur noch einige Mitarbeiter des ICRC in Jaffna.

Batticaloa, eine der größeren Städte entlang der Ostküste, wurde am 17. Mai (dem buddhistischen Wesakfest in Sri Lanka) von einer massiven Bombenexplosion erschüttert. Die Detonation riß 29 Menschen in den Tod, darunter auch viele Kinder, die sich vor einem buddhistischen Tempel versammelt hatten. Mehr als 90 Verletzte waren zu beklagen. Bei den anschließenden Untersuchungen stellte sich auf schockierende Weise heraus, daß nicht alle Todesopfer und Verletzte durch die ursprüngliche Bombenexplosion ums Leben gekommen waren, sondern das vielmehr durch einen wahren Kugelhagel aus Waffen der Sicherheitskräfte nach der Explosion zahlreiche weitere Menschen verletzt und getötet wurden. Die Regierung rief aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen anschließend in Batticaloa eine Ausgangssperre aus.

Tödlicher Anschlag in Ratmalana

Der erste srilankische Gedenktag am 7. Juni für Armeeeingehörige, die bei den militärischen Auseinandersetzungen im Land getötet wurden ('War Heroes Day'), hatte für den Industrieminister C.V. Gooneratne sowie zwanzig weitere Personen einen tödlichen Ausgang.

Die Getöteten befanden sich auf einer Parade in Ratmalana, einem südlichen Vorort von Colombo, bei der auch Spenden für die Unterstützung der Streitkräfte gesammelt werden sollten. Ein unbekannter Mann, der offensichtlich eine erhebliche Menge Sprengstoff mit sich trug, hatte Gooneratne freundlich umarmt und dann sich selbst und sein Hauptopfer in die Luft gesprengt. Bei dem Anschlag wurden Dutzende von Menschen zum Teil schwer verletzt. Gooneratnes Frau würde ebenfalls schwer verwundet, sie erlag den Folgen der Explosion am nächsten Tag.

Über die Herkunft des Attentäters gab

es bisher nur Spekulationen, offizielle Stellen beeilten sich jedoch, die LTTE als Urheber zu benennen. Eine Vermutung, die aufgrund der Vorgehensweise des Selbstmordattentäters nahe liegt. Die LTTE hat sich zu der Bluttat bisher nicht geäußert.

Da der Anschlag in einer Phase ohnehin äußerst gespannter und emotional aufgeheizter nationalistischer Stimmung innerhalb der sinhalaischen Bevölkerungsmehrheit geschah, befürchteten viele Menschen gewalttätige Übergriffe auf Tamilen.

Trotz Aufrufen der Präsidentin und verschiedener Sicherheitsorgane an die Bevölkerung, Zurückhaltung auszuüben, kam es zu sporadischen Gewalttätigkeiten in Ratmalana. Die Sicherheitskräfte in und um Colombo wurden nach dem Anschlag noch einmal verstärkt und Menschenansammlungen verboten. Nach offiziellen Angaben wurden im Zusammenhang mit den Ermittlungen 17 Personen verhaftet.

Das Attentat fand international einhellige Verurteilung. Sowohl das Britische Parlament, das Weiße Haus, wie auch UN-Generalsekretär Kofi Annan äußerten sich entsetzt über den erneuten Gewaltakt.

Neue Waffenkäufe

Israel ist eines der Länder, das Sri Lanka in der gegenwärtigen Lage erneut Waffen, Munition und militärische Kommunikationssysteme verkaufen wird. Die Bereitschaft des Landes, Militärgerät zu liefern, war Sri Lanka sogar eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel wert. Sri Lanka hatte 1970 die offiziellen Kontakte zu Israel abgebrochen und gleichzeitig der palästinensischen Freiheitsbewegung Unterstützung zugesagt. Dieser Schritt kann möglicherweise zur Verstimmung der Muslime in Sri Lanka führen, die mehrheitlich palästinensische Interessen unterstützen.

Über den Umfang und die Art der Lieferungen sind bisher keine Details bekannt, als sicher gilt jedoch, daß Raketenwerfer und weitere Kfir-Kampfflugzeuge Teil des neuen Arsenal sind.

Mit den neuen Waffen kamen im übrigen auch israelische Militärberater ins Land, die, darauf wies die Regierung ausdrücklich hin, einen Erfahrungsaustausch mit der srilankischen Armee durchführen, aber keinesfalls in Kampfhandlungen eingesetzt werden.

Neben Israel liefern auch Pakistan und Tschechien militärisches Gut nach Sri Lanka.

Militarisierung schreitet voran

Obwohl es für Kenner des Landes

kaum für möglich gehalten wurde, passiert es doch. Die ohnehin schon dramatische Militarisierung des Alltagslebens in Sri Lanka wird noch einmal gesteigert.

Nicht genug, daß die Regierung mit diversen Propagandakampagnen die nationalistischen Kräfte im Lande anspricht, so versucht sie mit allen Mitteln, mehr Menschen für einen Eintritt in die Armee zu gewinnen. In der Öffentlichkeit wird hierzu permanent das Bild eines heroischen Soldaten verbreitet. Präsidentin Kumaratunga hat sich im Fernsehen immer wieder an die Bevölkerung gewandt und aufgefordert, die Einheit des Vaterlandes zu verteidigen. Neben der Regierung wirken viele Medien und nichtstaatliche Organisationen dabei mit, einerseits die LTTE als terroristisch zu verteufeln, andererseits den Krieg und die Soldaten in einem positiven und dynamischen Licht zu zeigen. Zum diesjährigen Wesak-Fest, einem der höchsten buddhistischen Feiertage in Sri Lanka, trugen sämtliche erhältlichen Glückwunschkarten Fotos von uniformierten Soldaten.

Norwegens Vermittler gebremst

Die norwegische Regierung hat auf Einladung der srilankischen Regierung einen neuen Versuch begonnen, zwischen beiden Seiten der militärischen Auseinandersetzungen zu vermitteln und Regierung wie auch LTTE gemeinsam an einen Verhandlungstisch zu bringen. Während eines Besuchs im Mai führte der norwegische stellvertretende Außenminister, Raymond Johansen, einen

speziellen Beauftragten aus Oslo für die Konfliktlösung in Sri Lanka ein. Eric Solheim soll sowohl für die Regierung wie auch die LTTE in den nächsten Wochen und Monaten als Kontaktperson zur Verfügung stehen. Kurz nach seinem Antrittsbesuch in Colombo stattete Solheim auch der indischen Regierung einen Besuch ab, um diese über den aktuellen Stand der Bemühungen zu informieren. Die indische Regierung zeigt sich Norwegens Friedensinitiative gegenüber sehr aufgeschlossen. Präsidentin Kumaratunga hat zwischenzeitlich ebenfalls geäußert, daß die Tür zu Verhandlungen mit der LTTE weiterhin offen steht. In einem Interview mit der BBC sagte sie allerdings, daß dieses nur unter bestimmten Bedingungen möglich sei. Eine Antwort auf die Frage, wie derartige Bedingungen aussehen würden, blieb sie schuldig.

Daß nicht alle Kräfte in Sri Lanka glücklich über die norwegischen Aktivitäten sind, zeigte ein Explosion vor dem Gebäude der norwegischen Botschaft in Colombo. Die Wucht der Sprengladung zertrümmerte Fenster am Botschaftsgebäude, glücklicherweise kamen aber keine Personen zu Schaden.

ai-Jahresbericht erschienen

Amnesty International hat im Juni den neuen Jahresbericht vorgestellt, der für das Berichtsjahr 1999 weltweit Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Auch Sri Lanka widmet sich der neue Bericht wieder ausführlich, wobei neben den Punkten fehlender Strafverfolgung, politischer Gefangenschaft, Folter, "Ver-

schwindenlassen" und Verletzung internationaler humanitärer Prinzipien auch das Thema der Menschenrechtsverletzungen durch die LTTE und deren Rekrutierung von Minderjährigen für militärische Zwecke erörtert werden.

Die Organisation beklagt massiven Mißbrauch von Menschenrechten im Zusammenhang mit dem ununterbrochen fortgesetzten militärischen Konflikt.

Einzelne Bemühungen, wie der Versuch der Regierung, das "Verschwindenlassen" von Zivilpersonen durch Angehörige der Sicherheitskräfte aufzuklären werden positiv vermerkt, gleichzeitig jedoch die weitgehende Lethargie und mangelnde Strafverfolgung des srilankischen Rechtsapparates selbst bei ausreichenden Beweisen beklagt.

Die Notstandsgesetze lieferten den Hintergrund für willkürliche Verhaftungen. Allein in den bekannten Gefängnissen, etwa in Kalutara, saßen mehr als 750 Inhaftierte ohne Anklageschrift oder Gerichtsverfahren ein, beklagt ai.

ai beklagt, daß offensichtlich immer wieder willkürlich zivile Opfer bei Militäraktionen ins Visier genommen werden.

Mitglieder der LTTE sind dem Bericht zufolge für Morde, Folter, Geiselnahmen und Entführungen verantwortlich. Grausame Höhepunkte derartiger Aktivitäten seien die Ermordung von 50 Dorfbewohnern durch die LTTE in Amparai (Ostprovinz), aber auch die regelmäßigen Bombenanschläge auf politisch bedeutsame Personen in Colombo gewesen.

Schweiz: 'Humanitäre Aktion 2000'

Am 1. März hat der schweizerische Bundesrat (Exekutive) für Personen, die vor 1993 in die Schweiz gekommen sind, ein Asylgesuch eingereicht haben und sich immer noch legal in der Schweiz aufhalten, eine großzügige Aufnahmeregelung beschlossen. Betroffen davon sind maximal 13.000 Antragsteller, die unabhängig von ihrem Herkunftsland und des Verfahrensstandes nach bestimmten Kriterien eine vorläufige Aufnahme aufgrund einer schwerwiegenden persönlichen Notlage erhalten können. Damit hat der Bundesrat die lange Zeit der Ungewißheit für diese Personen beendet. Neben Personen, die aus dem Raum Ex-Jugoslawien kommen, können auch 6.502 Asylgesuchsteller aus Sri Lanka von der Neuregelung profitieren. Parteien, Hilfswerke und Flüchtlingsorganisationen haben positiv auf diesen Entscheid reagiert. Die Kantone reagierten unterschiedlich, weil bei ihnen Abklärungen gemacht werden müssen. Vorläufige Aufnahmen im Rahmen der humanitären Aktion 2000 werden nicht uneingeschränkt gewährt. Dabei geht es um die folgenden Aufnahme- bzw. Ausschlusskriterien: Die Flüchtlinge müssen willens und fähig sein, sich in die in der Schweiz geltende gesellschaftliche Ordnung einzufügen. Sie dürfen nicht in schwerer oder wiederholter Weise gegen Strafbestimmungen verstoßen haben. Außerdem können auch Untergetauchte und solche, die durch mangelnde Mitwirkung (z.B. bei der Beschaffung von Reisepapieren) die Rückschaffung aus der Schweiz verzögert haben, nicht profitieren. Es ergibt sich für die Kantone das Problem, daß obige Kriterien in der Praxis nicht einfach zu fassen sind. Ist ein Asylbewerber, der zweimal bei einem Ladendiebstahl erwischt wurde, nun von der Aufnahmeregelung auszuschließen? Und wie steht es um die Kenntnisse der Landessprache, die für eine Integration notwendig sind? Die 26 Kantone der Schweiz haben die Akten der betreffenden Asylsuchenden bis Ende 2000 zu prüfen und dann beim 'Bundesamt für Flüchtlinge' (BFF) eine Aufnahme oder Wegweisung der betreffenden Person zu beantragen. Bei 26 verschiedenen kantonalen Ausländerbehörden stellt sich in der Praxis die Frage nach der rechtsgleichen Behandlung der Betroffenen, weil die Schwankungsbreite von äußerst restriktiv bis sehr liberal variieren kann und wird. Deshalb entscheidet aufgrund des kantonalen Antrages das BFF, wobei die Anträge auf die vom Bund aufgestellten Kriterien hin zu überprüfen sind, damit sich eine einheitliche Aufnahmepraxis durchsetzt. Bei einer Aufnahme in der Schweiz ist im übrigen der Familiennachzug für Ehepartner und minderjährige Kinder gewährleistet. Der Stand der Arbeiten ist laut Informationen vom BFF der, daß bis Mitte Juni 2000 für 2.800 Personen bereits eine vorläufige Aufnahme verfügt wurde. (Oskar Flück)